

## Wieder mehr Ehescheidungen

WIESBADEN. 1984 wurden im gesamten Bundesgebiet 130 744 Ehen geschieden, das sind 9427 (7,8 Prozent) Scheidungen mehr als im Vorjahr und 36 Prozent mehr als im Jahr 1980. Von je 10 000 bestehenden Ehen haben sich, nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes, im Jahr 1984 bundesweit 87 Ehepaare für eine endgültige Trennung entschieden. EB

Das Land Nordrhein-Westfalen liegt auch 1984 mit 39 560 Scheidungen an der Spitze. Bemerkenswerterweise meldet das Land Hessen, das seit den 70er Jahren an fünfter Stelle liegt, mit 18 Prozent mehr Ehescheidungen als im Vorjahr die höchste Zuwachsrates unter den Bundesländern. Bremen fällt als einziges Bundesland aus diesem massiven Scheidungstrend heraus; es konnte 1984 einen Rückgang der Ehescheidungen um 2,6 Prozent verbuchen. Insgesamt 100 113 Kinder waren von den Scheidungen im vergangenen Jahr betroffen. SB

## Preissenkungen bei Hörgeräten

BONN. Die Bundesinnung der Hörgeräteakustiker und die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung haben vertraglich vereinbart, ab 1. Januar 1986 die Preise für Hörgeräte, die auf Kassenrezepte verordnet werden, gegenüber dem jetzigen Preisstand um drei Prozent zu senken. Die Erklärungsfrist, während der auch die Aufsichtsbehörde Einwände erheben kann, läuft bis zum 1. November 1985.

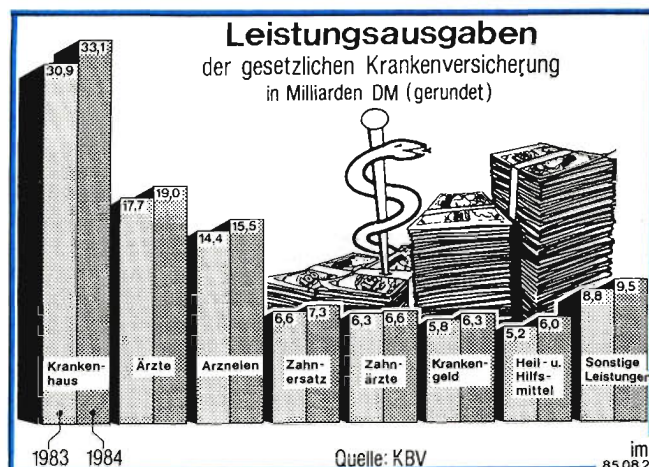
Bereits jetzt haben die Bundesinnung der Hörgeräteakustiker und die Spitzen-

verbände der Krankenversicherung (außer Bundesverband der Betriebskrankenkassen und Bundesverband der Ortskrankenkassen) dem Vertragswerk zugestimmt. Damit ist auch erstmals im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung nicht nur ein Nullwachstum, sondern eine vertragliche Preissenkung paraphiert worden. EB

## Zahnärzte sperren sich gegen Modellversuch

STUTTGART. Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Stuttgart hat es abgelehnt, an einem von der Bundesregierung und der baden-württembergischen Landesregierung finanziell geförderten „Modellversuch zur Kosten- und Leistungstransparenz“ gemäß § 223 RVO teilzunehmen, den die Betriebskrankenkasse Voith in Heidenheim an der Brenz durchführt. Erst kürzlich zeigte sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium, Stefan Höpfinger (CSU), optimistisch, daß sich die Zahnärzteschaft aktiv an diesem „Transparenz-Forschungsprojekt“ beteiligen werde.

Die KZV Stuttgart begründete die Ablehnung mit gravierenden datenschutzrechtlichen Bedenken und einer unzureichenden Mitberatung und Mitgestaltung seitens der KZV. Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Stuttgart wies darauf hin, daß die BKK Voith „im Fallkostendurchschnitt wesentlich niedriger als der Durchschnitt aller Betriebskrankenkassen im nord-württembergischen Bereich und nochmals deutlich niedriger als der Durchschnitt aller RVO-Krankenkassen des KZV-Bereichs“ liege. Die BKK Voith solle das Projekt einstellen. EB



Die Ausgaben der Krankenkassen haben sich 1984 in allen Einzelbereichen etwa gleichmäßig erhöht. Unter dem Durchschnitt blieb die Steigerung bei der Zahnbehandlung; schneller jedoch stiegen die Ausgaben für Heil- und Hilfsmittel Grafik: imu

## Auch die PKV befürwortet Medizindaten

KÖLN. Der Verband der privaten Krankenversicherung (PKV) hat an das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung appelliert, bei den Empfehlungen der Konzentrierten Aktion neben ökonomischen auch medizinische Orientierungsdaten zu berücksichtigen. In einer Stellungnahme zu den zehn Grundsätzen des Bundesministeriums für ein gesundheitspolitisches Gesamtkonzept begrüßt der Verband die Absichten, die Entwicklung solcher Orientierungsdaten einer unabhängigen Sachverständigenkommission zu übertragen.

Der Verband unterstützt dabei das Petitum der Bundesärztekammer und der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, den Sachverständigen der medizinischen Wissenschaft zahlenmäßiges Übergewicht gegenüber den Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern einzuräumen. Dagegen tritt der Bundesverband der Ortskrankenkas-

se für eine strenge zahlenmäßige Parität ein.

Der Verband der privaten Krankenversicherer empfiehlt, die Kommission nur zeitlich befristet einzusetzen (auch das Bundesarbeitsministerium tendiert zu einem auf zwei Jahre befristeten Auftrag), damit das Wissenschaftlergremium nicht neben der auf gesetzlicher Grundlage installierten Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen operiert. HC

## Arzneimittel: Geringer Preisanstieg

BONN/KÖLN. Der „GKV-Arzneimittelindex“ weist für Arzneimittel, die zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung verordnet werden, im Monat Juli 1985 gegenüber dem Vormonat eine Steigerung um 0,1 Prozentpunkte aus. Der Preissockel für das Jahr 1985 liegt damit bei 2,5 Prozent. Dies bedeutet, daß selbst bei weiterer Preiskonstanz sich 1985 im Vergleich zu 1984 ein Preisanstieg von 2,5 Prozent ergeben würde. EB